

BLICKPUNKT PLENUM

23. – 25. September 2014

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Finanzsituation der Kommunen muss verbessert werden

Angesichts der katastrophalen Finanzsituation der hessischen Kommunen hat die SPD-Landtagsfraktion eine deutliche Verbesserung der Mittelausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise angemahnt. Bei den hessischen Kommunen herrsche im Bundesvergleich eine einzigartige Misere, weil die Landesregierung ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung zu einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen nicht nachkomme. Dies belegten unter anderem die Zahlen des Statistischen Bundesamts. Die hessischen Kommunen hatten 2013 in ihrer Gesamtheit ein Finanzierungsdefizit von rund 1,1 Milliarden Euro. Damit haben sie mit Abstand den höchsten Fehlbetrag in ganz Deutschland ausgewiesen. Auch eine vergangene Woche veröffentlichte Studie der Beratungsfirma Ernst & Young zeige die dramatische Situation in Hessen. Danach haben die hessischen Kommunen – neben dem Saarland – mit 3010 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung.

Der Behauptung der Landesregierung, die Kommunen seien an ihrer Lage selbst schuld, sei falsch. Auch dies habe die Studie von Ernst & Young gezeigt. Sie verdeutliche, dass es in vielen Kommunen kaum noch freiwillige Leistungen gibt, die noch gekürzt werden könnten. Auch bei der Erhöhung der Gebühren sei den Wirtschaftsexperten zufolge das Ende der Fahnenstange erreicht.

Die SPD kritisierte weiter, dass das Land bei der Unterbringung von Flüchtlingen die Aufgabe an die Kommunen delegiert habe, den Landkreisen und kreisfreien Städten aber nicht die vollständigen Mittel erstatte, die diese dafür benötigen. Alleine dafür haben die Landkreise über 200 Millionen Euro in den vergangenen fünf Jahren mehr ausgeben müssen als sie vom Land zurückerhalten haben. Auch bei der Finanzierung der Kinderbetreuung lasse das Land die hessischen Städte und Gemeinden im Stich. Die anstehende Reform des kommunalen Finanzausgleichs, die als Folge eines Urteils des Staatsgerichtshofs notwendig geworden sei, lasse auch nichts Gutes für die Kommunen erwarten. Die Landesregierung sei offenbar nicht bereit, die Kommunen angemessen zu finanzieren. Der Fraktionschef der Landtags-Grünen, Mathias Wagner, habe dies vergangene Woche bei einer Veranstaltung in Eschwege offen ausgesprochen. Dort habe er gesagt, das Land habe kein Geld für die Kommunen und im Zuge der Neuordnung des KFA könnten die Kommunen in der Summe nicht mit mehr Geld vom Land rechnen.

Absichtserklärungen statt Substanz und Klarheit

Als „hinreichend unkonkret“ kritisiert die SPD-Landtagsfraktion die Ausführungen von Kultusminister Lorz in der Regierungserklärung zum Schuljahresbeginn. Von einem gelungenen Start ins neue Schuljahr könne keine Rede sein. Angesichts einer Menge Baustellen im Bildungsbereich brauche sich die Landesregierung für das bisher geleistete noch nicht feiern zu lassen. Die Regierungserklärung bestehe fast nur aus Ankündigungen, Willenserklärungen und künftigen Mogelpackungen. Was sie unter optimaler Bildung für Alle verstehe und wie sie individuelle Förderung konkret umsetzen will, bleibe ihr nebulöses Geheimnis. Der Bildungsgipfel, der angeblich Ruhe und Ver-

lässlichkeit bringen sollte, werde aufgrund der fehlenden Verbindlichkeit aber zum zahnlosen Tiger. Die SPD forderte die Landesregierung auf, mehr Transparenz und Teilhabe in den Gipfelprozess zu bringen und deutlich zu machen, wo es überhaupt noch Spielraum zum Koalitionsvertrag gebe und wo es nur darum gehe, die schwarz-grünen Überzeugungen in Stein zu meißeln. Während die SPD bei der Bildung der Enquetekommission im Landtag auf die anderen Fraktionen zugegangen sei und diese an der Einsetzung und den Planungen eng beteiligt habe, habe die Landesregierung zum Gipfel nur eine Themenabfrage gemacht und die Teilnehmer vor Arbeitsstrukturen gestellt, die von einer Ausnahme abgesehen, nicht mehr zu verändern waren. Die „Wahl“ zwischen G8 und G9 sei ein Mythos. Lediglich an 24 Schulen sei per Elternbefragung ein Wechsel laufender Jahrgänge zurück zu G9 gelungen, in 15 Fällen nur mit einem einzigen Jahrgang. Die SPD erwartet klare Aussagen zur Verwirklichung von Chancengerechtigkeit, zur Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Bildungsangebots angesichts des demografischen Wandels, zur individuellen Förderung als durchgängiges Unterrichtsprinzip, zur beruflichen Bildung sowie zum weiteren Ausbau echter Ganztagschulen.

SPD will KiföG korrigieren und lehnt „besetzter Platz“ ab

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Entwurf zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs in den Geschäftsgang des Hessischen Landtags eingebracht. Damit sollten die größten und ärgerlichsten Fehler des KiföG korrigiert werden. Die Landesförderung am besetzten Platz zu orientieren, sei in vielerlei Hinsicht kontraproduktiv. Diese Regelung würde zu hohem bürokratischem Aufwand führen. Sie schade der Qualität in der Betreuung, weil die Träger die Gruppen möglichst voll machen, um in den Genuss der Maximalförderung zu kommen. Gerade in der frühkindlichen Bildung sei aber die Gruppengröße ein entscheidender Qualitätsfaktor. Kleine Einrichtungen im ländlichen Raum und Kitas, bei denen aufgrund der demografischen Bedingungen oder der baulichen Gegebenheiten eine unter finanziellen Aspekten optimale volle Auslastung der Gruppen nicht möglich sei, würden in ihrer Existenz gefährdet. Die KiföG-Regelungen führten zu Schwankungen beim Personalbedarf, was mehr befristete und Teilzeitverträge zur Folge hätte. Auch hier seien Qualitätseinbußen vorprogrammiert. Alle diese schwerwiegenden Mängel werden nach wie vor nicht nur von der SPD, sondern von der gesamten Trägerlandschaft und der Fachwelt kritisiert. Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfebuchs möchte die SPD dafür sorgen, dass wenigstens die Fehler bereinigt werden, die man innerhalb der Gesetzessystematik bereinigen könne.

Zu geringer Zuschuss für Flüchtlingsarbeit

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration hat angekündigt, die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu verbessern. Die Unterstützung reiche jedoch nach wie vor nicht aus, sagt die SPD-Landtagsfraktion. Besonders in der Kritik steht der weiter unzureichende finanzielle Zuschuss. Die geplante Erhöhung der an die Kommunen überwiesenen Pauschale um 15 Prozent sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Stadt Bad Vilbel zieht nun beispielsweise vor Gericht, weil sie für die Unterbringung von Flüchtlingen nach eigener Einschätzung zu wenig Geld bekommt. Sie klagt gegen den Wetteraukreis beim Verwaltungsgericht Gießen. Derzeit leben 47 Flüchtlinge in Bad Vilbel. Pro Kopf und Tag zahle der Kreis eine Pauschale von 7,30 Euro. Das reiche bei weitem nicht aus, um eine gute Integration zu ermöglichen. Es gebe bereits einen Fehlbetrag im mittleren fünfstelligen Bereich. Seit Wochen steigen die Flüchtlingszahlen in Hessen. Nach Angaben des

Sozialministeriums kamen in diesem Jahr bis einschließlich August mehr als 16 000 Menschen ins Land. Bis Ende 2014 wird mit einem Anstieg auf 20 000 gerechnet.

Kali + Salz: Vorrang für Arbeitsplätze

Zum Thema K+S hat die SPD-Landtagsfraktion der Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren eine Politik des Wegduckens, Ignorierens von Problemen, der Entscheidungslosigkeit und des Nichtstuns vorgeworfen. Diese Ignoranz – insbesondere der CDU – müssten jetzt die Beschäftigten in der Region ausbaden. Die SPD-Fraktion sei an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei K+S. Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien seien in Sorge um ihre Zukunft. Das habe die Landesregierung zu verantworten.

Umweltministerin Priska Hinz hatte am 19. September 2014 das bereits am Runden Tisch durch einen Mitarbeiter des Ministeriums verkündete Aus für die sogenannte Nordseepipeline bestätigt. Ein entsprechendes von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten sei zu der Schlussfolgerung gelangt, dass weder durch die Oberweserpipeline noch durch die Nordseepipeline ein guter ökologischer Zustand für die Werra erreicht werden könne. Die SPD zeigte sich fassungslos angesichts der Erklärung der Ministerin, dass, wenn dieses Gutachten vor fünf Jahren erstellt worden wäre, man jetzt sicherlich viel weiter sei. Die SPD möchte wissen, welche Alternativen es gebe, welche Schritte unternommen werden, damit das Unternehmen weiter erfolgreich arbeiten könne. Die Beschäftigten, aber auch die Menschen in der Region an Werra und Weser, hätten ein Anrecht darauf zu erfahren, was das Ministerium gemeinsam mit K+S plane.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde